

2018-10-23

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
25.01.2018

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:40 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Kochstedt, Königendorfer Straße 76

Es fehlten:

Freie Fraktion Dessau-Roßlau

Hernig, Andreas entschuldigt

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland entschuldigt

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Es waren alle Ausschussmitglieder anwesend.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, beantragte, die Tagesordnungspunkte (TOP) 6.10, 6.11 und 6.12 nach vorn zu ziehen, da Herrn Weinkauff von der Firma GestoCon, welcher als Gast anwesend sei, so die Wartezeit verkürzt werden könne. Sie sollten somit die neuen TOP 6.2., 6.3 und 6.4 werden.

Weiterhin sollte der Punkt 6.9 der neue TOP 6.5 werden, da die BV/371/2017/III-65 am selben Abend noch im Ortschaftsrat Roßlau behandelt werde und **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, auch dort zur Thematik sprechen solle.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, gab an dieser Stelle an, man wolle die FV/010/2017/LBF/GR zurückziehen, da vieles bereits geklärt sei. Der TOP 6.13 sollte somit von der Tagesordnung gestrichen werden. Allerdings ergänzte **Herr Meier** den Wunsch der Fraktion, bereits für das Jahr 2018 einen Quartiersmanager zu etablieren. Eventuell könne man dies im Zuge der Haushaltsberatungen ansprechen.

Die geänderte Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde geändert, einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 21.11.2017 und 05.12.2017

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, bat darum, seine Äußerung unter TOP 6.6 der Niederschrift vom 21.11.2017 zu konkretisieren. Tatsächlich bat **Herr Meier** um einen konkreten Arbeitsplan für das Quartierskonzept.

Weitere Anmerkungen gab es zu den Niederschriften nicht. Sie wurden beide zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 3

Die Niederschrift vom 21.11.2017 wurde geändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 4

Die Niederschrift vom 05.12.2017 wurde ungeändert bestätigt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte darüber, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen vom 21.11.2017 und 05.12.2017 keine Beschlüsse gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Siegfried Büttner, Ortsbürgermeister von Mosigkau, bat im Namen des Ortschaftsrates um die Einstellung von Planungsmitteln für den Ausbau der Anliegerstraße Mühlenstraße. Die Mehrheit der Grundstückseigentümer habe sich für den Ausbau entschieden und wünsche sich eine verbindliche Entscheidung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

6 Beschlussfassungen

6.1 Maßnahmebeschluss zur Umsetzung eines "Gesamttouristischen Leit- und Informationssystems" für die Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/355/2017/IV-80

Herr Schumann, Projektleiter der Firma polyform, stellte die Planung für das Gesamttouristische Leit- und Informationssystem der Stadt Dessau-Roßlau mittels einer Präsentation vor (Anlage 2).

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, erkundigte sich, ob sich die Wegweiser für Radfahrer an denen des Landes Sachsen-Anhalt orientieren müssten. **Herr Schumann** gab hierzu an, dass die innerstädtischen Ziele und der Bauhausweg mit dem städtischen System dargestellt werden sollten, das überregionale Fahrradleitsystem des LAVP werde durch die Stadt geführt.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, zeigte sich verwundert über die Farbauswahl. Seiner Meinung nach würden das Bauhaus traditionell schwarz-weiß und die Stadt gelb-rot dargestellt. Deshalb fragte er nach der Intention des Abweichens von diesem traditionellen Farbschema.

Herr Schumann gab an, dies überprüft zu haben. Er argumentierte mit starken Farbkontrasten und erläuterte die Entscheidungen umfassend. Die lichten Stadtstrukturen ließen die Farbauswahl zu. **Herr Schönemann** akzeptierte die Ausführungen als schlüssig.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erkundigte sich, ob es schon einen Förderbescheid gebe. **Herr Reinsdorf, Amt für Wirtschaftsförderung**, berichtete, dass das Vorhaben eine hohe Priorität bei der Investitionsbank hätte und man mit einer zügigen Förderung rechnen könne, sobald die Genehmigungsplanung eingereicht werde.

Herr Schönemann wollte wissen, wann die Umsetzung geplant sei. **Herr Reinsdorf** gab an, dass man noch in diesem Jahr damit rechne, sofern die Genehmigung erteilt werde.

Herr Busch, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, erkundigte sich, welche Materialien geplant seien. **Herr Schumann** gab an, dass man auf jeden Fall Metall, wahrscheinlich Stahl oder Aluminium, verwenden werde.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erachtete die Kosten als sehr hoch. **Herr Schönemann** gab zu bedenken, dass es sich um eine anspruchsvolle Aufgabe handle. Der mehrheitliche Wunsch, die Stadt würdig zu repräsentieren, sei bisher die durch die Firma polyform sehr gut umgesetzt worden.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.2 Herauslösung der öffentlichen Toiletten aus der Ausschreibung der Außenwerberechte in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/452/2017/III-66

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtete einführend, dass die Ausschreibung der Außenwerberechte der Stadt Dessau-Roßlau derzeit vorbereitet werde. Die Firma GestoCon unterstütze die Verwaltung hierbei beratend.

Es wurde beschlossen, dass die Vergabe der öffentlichen Toiletten aus der Außenwerbung herausgelöst werden solle, um das Spektrum der Anbieter zu erhöhen und gute Angebote zu erhalten.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.3 Erwerb von Fahrgastunterständen aus laufenden Werbeverträgen durch die Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/453/2017/III-66

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erläuterte zu Beginn, dass die Fahrgastunterstände derzeit drei Eigentümer hätten: die Stadt, die DVG sowie die bisher beauftragten Werbeträger. Man erachte es jedoch als sinnvoll, wenn alle Unterstände in städtischer Hand wären. Eine Einigung mit der DVG betrachte **Frau Schlonski** als unproblematisch. Bei der Firma Ströer habe man bereits ein Angebot zur Übernahme eingeholt.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.4 Vergabe des Werberechts für die Sammelgewerbehinweisanlagen außerhalb der Außenwerbenausschreibung
Vorlage: BV/455/2017/III-66

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gab zunächst an, dass es bisher Unteraufträge an die anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen in Dessau-Roßlau zur Herstellung der Sammelgewerbehinweisanlagen gegeben hätte. Da diese Aufgabe bisher sehr gut umgesetzt worden sei, plane man, die Vergabe aus den Außenwerbenausschreibungen herauszulösen und so anzupassen, dass die Behindertenwerkstätten weiterhin die Möglichkeit erhalten könnten, die Aufgabe wahrzunehmen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, unterstützte dieses Vorgehen im Sinne der regionalen Wirtschaftsförderung.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.5 Richtungsbeschluss zum Umgang mit der ehemaligen Gemeinschaftsunterkunft Waldstr. 15 in Roßlau
Vorlage: BV/371/2017/III-65

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.6 Haushaltskonsolidierungskonzept 2018 und Folgejahre
Vorlage: BV/449/2017/II-20

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 3

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

6.7 Haushaltssatzung 2018, Haushaltsplan 2018, Stellenplan 2018
Vorlage: BV/450/2017/II-20

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, hielt eine gemeinsame Diskussion zum Haushaltskonsolidierungskonzept sowie zu Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für sinnvoll.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gab zunächst an, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen den Dezernaten II und III stattgefunden hätte. Im Folgenden stellte jedes Amt seine Aufgaben für 2018 sowie die eingestellten Finanzmittel mittels einer Präsentation (Anlage 3) dar.

Herr Schmieder, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, stellte zunächst die wichtigen Vorhaben sowie die Haushaltsansätze für das kommende Jahr dar.

Herr Schönemann erkundigte sich, an welcher Stelle die Beschäftigung mit der ganzheitlichen städtebaulichen Situation im Zuge des Abrisses am Schlossplatz berücksichtigt werde. Hierzu halte man sich mit Angaben zurück, so **Frau Schlonski**. Dezernat III berate das Projekt zwar städtebaulich, die tatsächlichen Aufgaben und Entscheidungen würden jedoch bei Dezernat IV liegen.

Herr Busch, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, wollte dem nicht zustimmen. Aus seiner Sicht handele es sich um ein wichtiges Bauprojekt, welches beim Dezernat III angesiedelt sein sollte. Hierauf entgegnete **Frau Schlonski**, dass die Konzeptausschreibung zum Grundstück in Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Wirtschaftsförderung und dem Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste entstanden sei. Man sei sich der Wichtigkeit des Vorhabens sehr bewusst und werde es weiter unterstützen. **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, unterstrich ebenfalls, dass man für den Bereich ein schlüssiges Konzept erarbeiten müsse.

Herr Meier wollte weiterhin wissen, welche der genannten Maßnahmen bereits mit Fördermitteln untersetzt seien. **Herr Schmieder** gab an, dass für alle genannten Maßnahmen Fördermittel zum Teil bereits vorhanden oder in Aussicht gestellt seien.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bemerkte, dass die Projektbezeichnung ‚Kavalierstraße Abschnitt zw. Askanische Str. – Poststraße‘ nicht korrekt sei. Es handele sich nicht um die Post- sondern um die Friedrichstraße. **Herr Schmieder** gab an, dass man hier die Bezeichnung aus dem Haushaltsplan übernommen hätte. **Frau Wirth** sicherte eine Änderung zu.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, berichtete, dass das Bauordnungsamt keine Investitionen tätigte. Trotzdem erläuterte er kurz die Aufgaben des Amtes.

Herr Schönemann fragte nach der Einschätzung zur personellen Struktur. Er wollte wissen, ob man in den nächsten Jahren mit der aktuellen Konstellation die vielfältigen Aufgaben überhaupt noch bewältigen könne.

Herr Meister gab an, dass man bereits seit einigen Jahren auf diesem Stand sei. Sollten die Aufgaben nicht weiter zunehmen, könnte man auf diesem Level weiterarbeiten, sofern zügige Nachbesetzungen weiter garantiert würden.

An dieser Stelle gab **Frau Schlonski** an, dass man grundsätzlich mit voller Besetzung gut arbeiten könne. Allerdings müssten im zurückliegenden Jahr und aktuell viele Krankheitsausfälle kompensiert werden, was es schwierig machte, die Arbeitsabläufe trotzdem in der entsprechenden Qualität weiterzuführen.

Tatsächlich problematisch gestalte sich die Situation in den Ämtern 65 und 66, da dort Stellen unbesetzt blieben, so **Frau Schlonski**. Im Umweltamt fehle zudem die Leitung. Hierzu müssten dringend Gespräche mit dem Dezernat II stattfinden.

Weiterhin berichtet **Frau Schlonski** dass die Stelle des Klimaschutzmanagers immer noch benötigt werde. Diese wichtige Aufgabe könne vom Dezernat derzeit nicht wahrgenommen werden. Hierbei werde man jedoch von der Fraktion Die Linke unterstützt.

Als nächstes gab **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, eine Übersicht über die Aufgaben, die laufenden sowie die neu anlaufenden Maßnahmen des Amtes.

Da **Herr Bekierz** noch im Ortschaftsrat Roßlau erwartet wurde, berichtete er an dieser Stelle außerdem zum Sachstand Ersatzneubau Schwimmhalle. Demnach liefen die Arbeiten termingerecht. Die Kosten würden sich nach wie vor im Rahmen bewegen. Derzeit würde die Dichtigkeitsprüfung der Becken stattfinden. Die Fliesenlegerarbeiten seien fast abgeschlossen. Die Montage der Sanitärobjekte sei begonnen worden. Die Möblierung starte im Februar. Zudem sollten die gesamten Ausbaugewerke ihre Arbeiten bis Ende Februar abgeschlossen haben. Die behördliche Abnahme sei für Ende März vorgesehen. Der Probetrieb solle dann Ende April/Anfang Mai stattfinden, so dass das Schulschwimmen nach den großen Ferien abgesichert sein sollte.

Nach Darstellung der geplanten Maßnahmen verwies **Herr Bekierz** auf den hohen Personalmangel in seinem Amt. **Frau Schlonski** gab zu bedenken, dass einige der genannten Maßnahmen eventuell nach hinten verschoben bzw. gar nicht kommen würden, falls es keinen Fördermittelbescheid gebe. Hierauf entgegnete **Herr Bekierz**, dass man dies berücksichtig habe, die meisten Projekte seien jedoch nicht mehr aufzuhalten.

Herr Meier erkundigte sich, ob das EFRE-Antragsverfahren ebenso aufwendig und langwierig sei wie bei ELER. Es sei sogar noch aufwendiger, so **Herr Bekierz**, da komplette Entwurfsplanungen eingereicht werden müssten.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, wollte inhaltliche Informationen zur Regenentwässerung an der Grundschule Kochstedt. **Herr Bekierz** gab an, dass dies im Zusammenhang mit dem IGEL-Projekt statfinde. Die gesamte Horizontalsperre sei hier zu erneuern.

Herr Busch fragte, welche Konsequenzen aus dem genannten Personalmangel im Amt für Zentrales Gebäudemanagement gezogen würden. Hierzu gebe es Gespräche mit dem Personalamt, um die Situation entsprechend nachzubessern, so **Frau Schlonski**. Wann jedoch mit einer Entscheidung zu rechnen sei, könne man noch nicht sagen. **Herr Busch** betonte jedoch, dass die Maßnahmen auf Grund ihrer Wichtigkeit auch umgesetzt werden sollten und deshalb eine entsprechende Personalstärke vorhanden sein müsse. Dies unterstützte **Herr Schönemann**.

Eine Übersicht über die Maßnahmen des Tiefbauamtes gab **Herr Säbel**.

Herr Schönemann erkundigte sich nach dem Realisierungsstand der ortschaftsbezogenen Reparaturen im Wege- und Straßennetz im Jahr 2017. Auf Grund von Rechnungsnachläufen werde man die Zahlen nach dem 31.01.2018 nachliefern, so **Herr Säbel**. Einige Teilmaßnahmen, die 2017 nicht mehr realisiert werden konnten, wurden automatisch für 2018 übernommen, da die Prioritätenlisten der Ortschaften bekannt seien.

Frau Benckenstein erfragte, weshalb die derzeit im Bau befindliche Schwimmhalle noch erschlossen werden müsse. Es handele sich hierbei um die Errichtung der Bushaltestellen und des Parkplatzes, erläuterte **Herr Säbel**.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erkundigte sich, wie es mit dem Radweg Möster Straße weitergehe. Im bisherigen Entwurf sei er nicht enthalten, so **Frau Wirth**.

Frau Benckenstein wollte wissen, ob die Verkehrsanbindung Bauhausmuseum bereits die Straßenbahnhaltestelle in der Kavaliertstraße meine oder ob noch weitere Haltestellen geplant seien. Gemeint seien hiermit im Kern die rückwertige Zufahrt in der Friedrichstraße sowie die Haltestellenbereiche für die Reisebusse, so **Herr Säbel**.

Herr Adamek fragte weiterhin, ob Busparkplätze am Kornhaus in die Planung aufgenommen worden seien. Innerhalb der Investitionsmaßnahmen sei es nicht enthalten, so **Herr Schmieder**. Jedoch sei es Teil der verkehrsorganisatorischen Untersuchung im Zusammenhang mit dem Bauhausjubiläum. Auf die Frage **Herrn Adameks** nach alternativen Parkmöglichkeiten, gab **Herr Schmieder** an, dass zum einen die Straße sehr breit sei und zum anderen die Nebenstraßen zum Parken ausgewiesen werden könnten.

Weiterhin wollte **Herr Adamek** wissen ob der Ringschluss Nord aufgenommen wurde. Es sei lediglich geplant, einen Restbetrag zur Abrechnung bestehender Verträge aufzunehmen, so **Herr Säbel**. Ansonsten sei hierfür nichts vorgesehen, da kein Baurecht vorliege, unterstrich **Frau Wirth**. **Herr Adamek** bestand darauf, dass hier etwas passieren müsse und bat bis zum 10.02.2018 um einen schriftlichen Bericht, wie das weitere Vorhaben aussehen solle und wieviel Geld bisher für die Planung verbraucht wurde.

Herr Pätzold erachtete die im Haushaltsplan genannten 80.000 EUR zur Regenentwässerung Ankuhn/Lichtenauer Straße in Kochstedt als zu gering. Hier sollte nicht die gesamte Straße erneuert, sondern zunächst nur die Missstände beseitigt werden, die von den Bürgern mehrfach angemahnt worden seien, so **Herr Säbel**.

Herr Otto machte einen Vorschlag, wie die eingesparten Gelder aus der geplanten Erweiterung des Radwegs in der Puschkinallee verwendet werden könnten. Seiner Meinung nach könne dadurch die geplante Erweiterung der Fahrbahn am Achteck finanziert werden. **Herr Säbel** gab an, dass die Mittel bereits für die Instandsetzung der Kleiststraße und Gropiusallee vorgesehen seien. **Herr Otto** kritisierte, dass die wichtige Maßnahme am Achteck wieder nicht im Haushalt aufgenommen wurde. Auch **Herr Schönemann** erachtete dies als bedeutendes Vorhaben, welches der Ausschuss im Blick behalten müsse.

Herr Meier erkundigte sich nach der Zeitschiene zur Erneuerung der Johannesstraße/Ferdinand-von-Schill-Straße. Die Maßnahme bestehe aus verschiedenen Leistungsphasen, so **Herr Säbel**. Die Vorplanung solle in 2019 erfolgen. Hierfür gebe es bereits einen Fördermittelbescheid. Ab 2020 sei die Realisierung geplant. Gespräche mit den Anwohnern, wie von **Herrn Meier** gewünscht, sicherten **Frau Schlonski** und **Herr Säbel** nach Beauftragung der Planer zu.

Herr Otto nahm Bezug auf seine schriftliche Antwort zum Thema Doppelreihe und mahnte an, dass Straßen lieber vollständig instandgesetzt werden sollten, anstatt immer nur Reparaturen durchzuführen. An anderer Stelle in der Stadt sei das bereits erfolgreich geschehen. Man solle dabei auch das Bauhausjubiläum im Blick behalten. In der Doppelreihe sei dies nicht möglich, so **Herr Säbel**, da die DESWA nur Kanalsanierung und keinen Neubau vornehme. **Frau Wirth** gab zu bedenken, dass die Verwaltung stringent arbeiten müsse. Man könne nicht an einer Stelle von den Anwohnern Straßenausbaubeiträge verlangen und an anderer Stelle Straßen aus Eigenmitteln sanieren.

Herr Pätzold erkundigte sich, warum die Straßensanierung zwischen der Grundschule und der Bergstraße in Kochstedt wieder nicht im Haushalt angemeldet wurde. **Herr Säbel** bestätigte, dass es diskutiert worden sei, aber leider nicht im Ergebnishaushalt aufgenommen

werden konnte. Die von **Herrn Schönemann** geforderten Aussagen zum Wertvolumen dieser Maßnahme müssten nachgereicht werden.

Herr Büttner, Ortsbürgermeister von Mosigkau, wollte wissen, warum die Mühlenstraße nicht im Haushalt enthalten sei, obwohl man vorab mit erheblichem Aufwand ein Bürgervotum eingeholt hätte. **Herr Säbel** gab an, dass es auf Grund der hohen Kosten nicht berücksichtigt werden konnte.

Den Überblick über die Aufgaben des Amtes für Umwelt- und Naturschutz gab **Herr Jähnichen**. Er verwies darauf, dass die vom Amt 83 beanspruchten Haushaltsmittel nahezu vollständig der Erfüllung behördlicher, nur teilweise planbarer Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungskreis dienen.

Herr Meier fragte, ob es eine Übersicht zur Umsetzung des Lärmaktionsplans gebe. Diese gebe es, so **Herr Jähnichen**. Allerdings sei der Lärmaktionsplan nicht bindend, sondern diene lediglich als Handlungsempfehlung.

Frau Schlonski merkte an, dass man mit der Präsentation alle Aufgaben des Dezernats noch einmal darstellen wollte. Es gab in fast allen Bereichen eine Einigung mit der Kämmerei. Lediglich die Pläne für den Spielplatz im Stadtpark seien leider nicht in den Haushalt aufgenommen worden. Diese waren im Zuge der Planungen zur Landesgartenschau entstanden. Man habe entsprechend der Vorgaben aus der Politik einen Fördermittelantrag gestellt, welcher positiv beschieden worden sei. Von den Gesamtkosten in Höhe von 342.800 EUR würde einen Eigenanteil von 114.000 EUR auf die Stadt entfallen. Hier stellte **Frau Schlonski** die Frage an die Ausschussmitglieder, ob man dieses Projekt noch nachträglich in den Haushalt aufnehmen lassen oder ob man auf die Fördermittel verzichten solle.

Auf die Frage **Herrn Ottos**, wann der Spielplatz zuletzt erneuert worden sei, gab **Frau Wirth** an, dass dies im Zuge der großen Stadtparksanierung geschehen sei. Da dies noch nicht lange zurückliege, sei das Projekt nicht aufgenommen worden. **Frau Dr. Lott, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, merkte an, dass der Spielplatz damals lediglich hinsichtlich seiner Erschließung bearbeitet worden sei. Spielgeräte und Ausstattung seien Ende der 90er Jahre erneuert worden.

Herr Busch zeigte sich verwundert darüber, dass man auf die Fördergelder verzichten wolle, obwohl es sich um eine notwendige Investition handle. Auch **Herr Schönemann** verwies darauf, dass der Stadtpark für das Bauhausjubiläum von großer Bedeutung sei. Trotzdem müsse man hinsichtlich des knappen Haushalts darüber diskutieren.

Frau Benckenstein fand die Kosten der Maßnahme sehr hoch. Der Spielplatz sei zwar funktionsfähig, so **Frau Dr. Lott**, jedoch seien die Spielgeräte überaltert und hätten keinen Funktionszusammenhang. Nun sollten neue Spielgeräte mit höherer Attraktivität aufgestellt werden. Zudem solle viel stärker der integrative spielerische Austausch gefördert werden. **Frau Schlonski** ergänzte, dass vor allem die Gründung und Fundamente der Spielgeräte sehr aufwändig und somit teuer seien. **Herr Schönemann** verwies zudem auf die gestiegenen Kosten in den vergangenen Jahren. **Frau Benckenstein** war der Ansicht, man könne mit dem Geld lieber mehrere Spielplätze neu gestalten.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

**6.8 Programme der Städtebauförderung - Anträge der Stadt Dessau-Roßlau für das Programmjahr 2018 - Aufwertung
Vorlage: BV/380/2017/III-61**

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies auf die Anlage 2 der Beschlussvorlage. Die Ordnungsmaßnahme Schlossplatz 4-5, Rückbau der ehemaligen Berufsschule, sei bereits bewilligt worden und entfalle somit für die neue Antragsrunde. Dies betreffe auch die Notsicherung des Daches der alten Staatsbank.

Auf Nachfrage **Herrn Ottos, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, gab **Frau Schlonski** an, dass sich die Staatsbank im Privateigentum befinde. Daher wollte **Herr Otto** wissen, warum die Stadt hier tätig werde. Es sei möglich auch für Privateigentümer Fördermittel zu beantragen, wenn es im öffentlichen Interesse liege und der Entwicklung des Quartiers diene, so **Frau Schlonski**. Hier würden zudem keine Eigenmittel der Stadt eingesetzt, so **Herr Schmieder, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**.

Ähnliches gelte für das in Anlage 3 abgebildete soziale Stadtfördergebiet Dessauer Innenstadt. Von den 7 aufgeführten Maßnahmen seien nur noch das Quartiersmanagement und die Aufwertung der Ferdinand-von-Schill-Straße 19 und 20 aktuell, so **Frau Schlonski**. Für die übrigen hätte man bereits positive Förderbescheide erhalten.

Herr Otto war aufgefallen, dass die Formulierung, die Fahrbahn der Elballee würde zwischen Große Kienheide und Elballee aufgewertet, nicht exakt sei. **Herr Schmieder** räumte dies ein und sicherte eine Korrektur zu.

Weiterhin übermittelte **Herr Otto** die Ansicht der Fraktion, dass die Askanische Straße nicht umgestaltet werden solle, da hier ein hoher Eigenmittelanteil auf die Stadt zukäme. Auf Grund des aktuellen Zustandes sehe man keinen Handlungsbedarf.

Zudem kritisierte **Herr Otto**, dass wichtige Angaben zur Finanzierung der Aufgaben in der Beschlussvorlage fehlen würden. Auch **Frau Benckenstein** fand dies irritierend. **Frau Schlonski** gab hierzu an, dass man konkrete Angaben bei den jeweiligen Maßnahmebeschlüssen machen werde.

Herr Meier wollte wissen, ob die Verantwortlichkeit für den kommenden Verfügungsfond wieder beim Dezernat III liegen werde. **Frau Schlonski** gab an, dass diese weiterhin bei der Wirtschaftsförderung bleibe. **Herr Meier** äußerte seine Bedenken, dass die Ziele und Abläufe nicht genügend vermittelt würden. Hier hätten die Kollegen versichert, dass man künftig die Möglichkeiten des Verfügungsfonds stärker an die Bürger kommunizieren wolle, so **Frau Schlonski**.

Weitere Rückfragen gab es nicht. Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

**6.9 Energetische und funktionelle Modernisierung Marienstraße 19 - 24 -
Abweichung von der Gestaltungssatzung für einen Teil des Sanierungsgebietes Dessau-Nord
Vorlage: BV/396/2017/III-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

**6.10 Energetische und funktionelle Modernisierung Eduardstraße 23 - 27 -
Abweichung von der Gestaltungssatzung für einen Teil des Sanie-
rungsgebietes Dessau-Nord
Vorlage: BV/416/2017/III-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

**6.11 Veränderungssperre für den Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1
"Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 - Fachmarktzentrum
Mannheimer Straße" - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/420/2017/III-61**

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, erkundigte sich, ob das ansässige Möbelgeschäft tatsächlich geschlossen werden solle und wie man mit potentiellen Investoren verfahren wolle. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, gab an, dass im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus eine Information zugesichert wurden sei, wie man im Falle einer Veränderungssperre mit den Investoren umgehen wolle, die dort nicht ansässig werden könnten. Diese sollten für die Stadt nicht verloren gehen und eventuell für andere Bereiche der Stadt gewonnen werden.

Auch **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bestätigte, dass man diesen Leuten ein Ersatzkonzept anbieten müsse. Aus diesem Grund zeigte er sich verwundert darüber, dass das Dezernat III nach seiner Erkenntnis die Ansiedlung eines Biomarktes in dem leerstehenden Geschäft an der Kurt-Weill-Straße/Ecke Albrechtstraße verhindert hätte.

Frau Schlonski gab an, dass man das Amt für Wirtschaftsförderung über diese Interessen informiert hätte und dass diese entsprechend betreut würden.

Weitere Rückfragen gab es nicht die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

**6.12 12. Änderung Flächennutzungsplan Dessau "Fachmarktzentrum
Mannheimer Straße"
Vorlage: BV/446/2017/III-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

**7.1 Spielplatzkonzeption - Information zur Bestandsanalyse und Handlungsempfehlung
Vorlage: IV/073/2017/III-61**

Frau Dr. Lott, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, stellte das Spielplatzkonzept anhand einer Präsentation (Anlage 4) vor.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, erläuterte noch einmal die hohe Bedeutung des Spielplatzes im Stadtpark.

Das Spielplatzkonzept solle auch der Öffentlichkeit vorgestellt und dort diskutiert werden, so **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**. Hierzu sei auch die Politik herzlich eingeladen, da Prioritäten erarbeitet werden müssten.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, kritisierte, dass man Zahlen aus 2010 verwendet hätte, um die Hochrechnung für 2025 darzustellen. Dieser Wert wurde bewusst gewählt, so **Frau Dr. Lott**, da es sich um die letzten statistisch ermittelten Werte handele, die kleinräumig bis in die Stadtbezirke aufschlüsseln würden. Aktuellere Prognosen des Landesamtes für Statistik aus dem Jahr 2014 wichen von diesem Wert lediglich um 400 Kinder ab. **Frau Benckenstein** verwies trotzdem darauf, dass es seit 2015 viel mehr Kinder in der Stadt gebe.

Weiterhin betonte **Frau Benckenstein**, dass auch sie den Spielplatz im Stadtpark für sehr wichtig halte, jedoch erachte sie die Kosten für die Instandsetzung als zu hoch. **Herr Piesch, Fraktion der CDU**, gab an, dass die Pläne für die Landesgartenschau übernommen wurden, woraus sich die Kosten ergeben würden. Die Sinnhaftigkeit dessen stellt er jedoch, angesichts des aus seiner Sicht guten Zustandes des Spielplatzes, in Frage.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass man die Teile, welche die Ortschaften betreffen würden, lieber in die Zuständigkeit der Ortschaftsräte geben solle. Dies würde noch geschehen, so **Frau Schlonski**.

Weiterhin spreche sich seine Fraktion gegen das Anlegen eines Spielplatzes auf der Mühleninsel aus, so **Herr Otto**. Die Gefahren durch das hohe Verkehrsaufkommen seien zu groß. Ebenso sei die Erweiterung des Spielplatzes Hohe Lache strittig, da das Areal zu schmal sei. **Herr Schönemann** verwies auf die öffentliche Diskussion des Konzepts, bei der jeder seine Bedenken äußern könne.

Frau Dr. Lott gab an, dass die Mühleninsel bereits einen hohen Freizeitwert habe, den man noch ausbauen wolle. Gerade die Nähe zum Fluss solle in das Spielen integriert werden. Natürlich werde der Spielplatz nicht in einen Gefahrenbereich gebracht werden, die Planungen würden das berücksichtigen.

Herr Otto verwies an dieser Stelle auf seinen zurückliegenden Vorschlag, aus Abbruchmaterialien einen Rodelberg herzustellen, und erkundigte sich nach Umsetzungsplänen. Geländeuntersuchungen hätten ergeben, dass dies nicht umsetzbar sei, so **Frau Dr. Lott**.

Weiterhin vermisste **Herr Otto** eine Bewertung der Bolzplätze in den Ausführungen. **Frau Dr. Lott** gab an, diese in den Rückbauvorschlägen berücksichtigt zu haben.

Weitere Rückfragen gab es nicht. Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.2 Informationen des Dezernats für Stadtentwicklung und Umwelt

7.2.1 Sachstand Muldebrücke

Herr Säbel, Tiefbauamt, berichtet, dass derzeit noch Restleistungen im Bereich Wasserbausteine Westufer sowie Rekultivierungen und Pflanzungen ausstehen würden. Auf Grund des hohen Wasserstandes der Mulde verzögerten sich die Arbeiten.

Hinsichtlich der Schlussrechnung sagte **Herr Säbel**, dass noch nicht die kompletten Nachtragsunterlagen vorliegen würden. Die vorhandenen Nachträge würden Anfang Februar verhandelt, so dass ein Sachstandsbericht zum Ende März erfolgen könne.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, gab an, dass er den Erdhügel im vorderen Bereich des Parkplatzes an der Mühleninsel als unschön und schwer zu pflegen empfinde. Man sollte diesen entfernen und so den Blick auf die Landschaft freigeben. **Herr Säbel** nahm den Hinweis auf.

7.2.2 Sachstand Kavallerstraße, Umfeldgestaltung Bauhausmuseum, Kunst im öffentlichen Raum

Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße, berichtete zum aktuellen Sachstand mit Hilfe einer Präsentation (Anlage 5).

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, erkundigte sich nach der Kunst im öffentlichen Raum und dem OdF-Mahnmal. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, gab an, dass man die Kunst im öffentlichen Raum künftig aus der Berichterstattung herausnehmen wolle, da die Maßnahmen durch den Ausschuss bestätigt worden seien. Die übrigen Maßnahmen lägen nun beim Amt 41.

Der aktuelle Zeitplan für die Umsetzung des OdF-Mahnmals liegt dem Protokoll als Anlage 6 bei.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erkundigte sich, was auf seinen Hinweis bezüglich der schlechten Beleuchtung im Bereich der Kavalierstraße hin passiert sei. **Herr Jähne** gab an, dass tatsächlich die Beleuchtung ausgefallen war. Allerdings sei dies bereits wenige Tage später wieder repariert worden.

7.2.3 Sachstand Ringschluss Nord

Die Ergebnisse des Gutachtens würden im Verkehrsentwicklungsplan eingearbeitet, so **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**. Dort werde auch der Vorschlag zur Trassenfreihaltung für den Bedarfsfall erfolgen. Dies werde dann entsprechend im Flächennutzungsplan festgelegt. Die Politik müsse dann entscheiden, wie mit dem Planfeststellungsverfahren umgegangen werde.

7.2.4 Sachstand Ersatzneubau Schwimmhalle

Den aktuellen Sachstand hatte Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, unter dem TOP 6.7 bereits erläutert.

Herr Säbel, Tiefbauamt, ergänzte, dass die äußeren Erschließungsarbeiten in Abhängigkeit von den Witterungsverhältnissen bis zum 30.04.2018 abgeschlossen werden sollen.

7.2.5 Sachstand Retentionsbecken Mosigkau

Herr Säbel, Tiefbauamt, berichtet, dass die Planungsunterlagen am 15.01.2018 im Ortschaftsrat Mosigkau vorgestellt worden seien. Derzeit befänden sich die Unterlagen zur Genehmigung im Amt für Umwelt- und Naturschutz. Das Bauende sei immer noch für 2019 ge-

plant. Falls dieser Termin nicht gehalten werden könne, sei eine bauzeitliche Verlängerung durch den Fördermittelgeber zugesichert worden.

Herr Säbel ergänzte, dass das bei der letzten Sitzung angesprochene Projekt ‚Verwallung Wullenbach‘ zu den Maßnahmen des kommunalen Hochwasserschutzes gehöre und deshalb separat betrachtet werden müsse. Hier werde derzeit die Vorplanung mit den Eigentümern abgestimmt.

An dieser Stelle unterbreitete **Herr Büttner, Ortsbürgermeister Mosigkau**, im Namen des Ortschaftsrates den Vorschlag zur Erarbeitung eines gemeinsamen Hochwasserschutzkonzeptes zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld inklusive einer hydraulischen Modellrechnung des HQ 100-Abflusses für den Libbesdorfer Landgraben. Als Grund hierfür nannte **Herr Büttner**, die aus seiner Sicht erheblichen Defizite an verfügbarem Rückhalteraum im Fall eines Hochwassers.

7.2.6 Sonstige Informationen des Dezernats

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, kündigte an, dass die Tagesordnung für die Sondersitzung des Ausschusses am 20.02.2018 doch umfangreicher werde als erwartet.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, gab an, dass die geplante Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus zum Thema Vergabe am 19.02.2018 stattfinden solle und bat die Mitglieder um rege Teilnahme.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, erneuerte seine Anfrage bezüglich eines Zeitplans zum Quartierskonzept Leipziger Tor. Man plane, den Konzeptentwurf zum Ende des ersten Quartals in einer Vorlage vorstellen zu können, so **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**. **Herr Schmieder, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, ergänzte, dass im Stadtbezirksbeirat und im Jugendhilfeausschuss der Zeitplan bereits vorgestellt worden sei.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erkundigte sich, ob man sich mit der Stiftung Bauhaus Dessau bezüglich des Standortes der Radstation „Deutsche Einheit“ in der Gropiusallee einigen konnte. Man hätte an sich an dem Tag zwar geeinigt, so **Frau Schlonski**, später jedoch festgestellt, dass an dieser Stelle ein Schmutzwasserkanal sowie eine Wasserleitung verlaufen, die nicht verlegt werden könnten. Die Stiftung Bauhaus Dessau wünsche nun neue Verhandlungen.

Weiter bat **Herr Otto** um eine Erklärung, welche Maßnahmen im Umfeld des alten Arbeitsamtes geplant seien. **Herr Schmieder** verwies auf eine Sitzung der Arbeitsgruppe Bauhausjubiläum am kommenden Montag. Dort würden die Maßnahmen vorgestellt.

Weitere Anfragen und Informationen gab es nicht.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 20.35 Uhr geschlossen.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 23.10.18

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt Schriftführer